

Wien, am Mittwoch, den 18. Juli 1928

Zweite Ausgabe

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 18. Juli 1928.

Die Sitzung wird vom Bürgermeister um 6 Uhr abends eröffnet. Zur Verhandlung stehen 28 Geschäftsstücke. Stadtrat Weber berichtet über den Bau von 14 Siedlungshäusern in der Siedlungsanlage "Am Heuberg", die 676.000 Schilling kosten. Die Anlage wird von der Gesiba errichtet. Der Bericht wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen, ebenso der Entwurf für einen Wohnhausbau in Hietzing, Mossbachergasse mit einem Kostenaufwand von 680.000 Schilling.

Bei dem Bericht des Gemeinderates Hofbauer über die Vergrößerung der Gartenanlage in Simmering, Herderplatz von 10.000 auf 38.000 Quadratmeter, verlangt Gemeinderat Müller (E.L.), dass die Gartenanlage in Meidling, Johann Hoffmannplatz, die gegenwärtig für Sportzwecke gesperrt ist, der allgemeinen Benützung freizugeben ist. Er verliest einen Brief, in dem die Bewohner der umliegenden Häuser die Freigabe des Parks verlangen und ersucht, dass wenigstens ein Teil dieser Anlage wieder der öffentlichen Benützung zugeführt werde. Der Referent erklärt, diesen Wunsch den zuständigen Stellen mitzuteilen. Gemeinderat Hofbauer beantragt die gärtnerische Ausgestaltung der Stadtseitigen Verkaufsflächen des Donaukanals von der Friedensbrücke bis zur Stadtbahnhaltestelle Schotterring. Gemeinderat Daffinger (E.L.) begrüsst diese Ausgestaltung, führt aber Beschwerde, dass die alten Gartenanlagen vernachlässigt werden. Am Alsergrund werden die sehr ausgedehnten Gartenflächen nur von zwei Gärtnern und einem Leiter betreut, denen bloss 12 bis 14 Saisonarbeiter zur Mithilfe dienen. Es wird allgemein geklagt, dass viel zu wenig Arbeiter aufgenommen werden, um die Anlagen planmässig zu pflegen. Besonders bei der Friedensbrücke lasse die Gartenpflege alles zu wünschen übrig. Gemeinderat Hörmayer (E.L.) wünscht die Aufstellung von Bänken und beschwert sich über die Rattenplage am Kai. Obwohl jetzt der Umbau der Augartenbrücke erfolgen soll, wird dort die Gartenanlage gemacht, die unter dem Bau stark leiden muss. Am Praterstern wurde durch die Gartenanlage eine Strasse durchgezogen ohne dass der Gemeinderat gefragt worden wäre. Auch Gemeinderat Erban (E.L.) führt Klage über den Personalmangel im städtischen Gartenbetrieb. Es sind nicht nur zu wenig Leute, sondern die Saisonarbeiter sind den Anforderungen dieser Tätigkeit körperlich nicht gewachsen. Früher hat das Stadtgarteninspektorat diese Leute aufgenommen, jetzt werden sie vom Rathaus geschickt. Das erhöht noch den Missetand.

Auf diese Beschwerden erwidert der Referent, dass im Jahre 1926 nur 550 Arbeiter beim Gartenbetrieb beschäftigt waren, während im Jahre 1927 854 Leute Beschäftigung fanden. Im Jahre 1928 ist eine Vermehrung des Personals um 76 Arbeiter zu verzeichnen. Durch die Mechanisierung des Betriebes werden viele Kräfte erspart. Früher wurden die Rasenflächen nur höchstens viermal im Jahr gemäht, jetzt werden sie mit Mähmaschinen im Sommer alle 14 Tage bearbeitet. Bei den Saisonarbeitern ist eine gewisse Umschulung zu verzeichnen, die notwendig ist, um Menschen, die schon lange arbeitslos sind, Arbeit und Brot zu verschaffen. Früher wurden diese Leute meist aus der Provinz geholt, was heute ganz unmöglich ist, weil Wien selbst viele Arbeitslose hat. Bei der gärtnerischen Ausgestaltung der Verkaufsflächen wurde auf den Umbau der Augartenbrücke schon Bedacht genommen. Der Antrag wird angenommen. Ebenso wird ohne Wortmeldung ein Nachtragskredit von 41.500 Schilling für die Herstellung der Gartenanlage am Kongressplatz in Ottakring genehmigt.

Stadtrat Richter berichtet, dass die Gemeindegeseit vielen Jahren die Strassenmässige Ausgestaltung des inneren Mariahilfergürtels durchführen wollte. Dies scheiterte jedoch daran, dass ein Grundbesitzer Schwierigkeiten bereitete. Erst im Vorjahr war es möglich, diese Schwierigkeiten zu beseitigen und es wird nun der Gürtel von der Kurzgasse bis zur Gumpendorferstrasse verkehrstechnisch ausgestaltet. Die Kosten betragen 250.000 Schilling. Gemeinderat Schiener (E.L.) wünscht Aufschluss, welche Arbeiten mit diesem Betrag durchgeführt werden und wann damit begonnen wird. Der Referent erwidert, dass bereits morgen die Arbeiten begonnen werden und der erwähnte Teil des inneren Mariahilfergürtels vollständig strassenmässig ausgebaut wird. Die Vorlage wird genehmigt. Bei dem Referat des Stadtrates Richter über den Bau von acht Bedürfnisanstalten verlangt Gemeinderat Panosch (E.L.), dass vor dem Haus Wiedner Hauptstrasse 52 und bei der Milchtrinkhalle im Resselpark Bedürfnisanstalten errichtet werden und dass nach dem Muster der Stadt Breslau in den Pissoirs Tafeln anzubringen sind, auf denen auf die Notwendigkeit der ärztlichen Behandlung bei Geschlechtskrankheiten aufmerksam gemacht wird. Gemeinderat Schiener (E.L.) wünscht, dass auf dem Mariahilfergürtel eine unterirdische Bedürfnisanstalt errichtet wird. Der Referent antwortet, dass er den Vorschlag des Gemeinderates Panosch ausserordentlich begrüsse. Es sei eine vollständig falsche Prüderie, dass solche Ankündigungen bis jetzt auf Widerstand gestossen sind. Die Anregung werde durchgeführt werden. Eine unterirdische Bedürfnisanstalt könne nicht errichtet werden, weil die Erfahrung gezeigt hat, dass solche Einrichtungen nicht benützt werden. Die Leute sind zu bequem um erst viele Stiegen zu steigen. Eher möglich ist die Vergrößerung der bestehenden Anstalt auf dem Mariahilfergürtel. Die Vorlage wird angenommen. Gemeinderat Schneider berichtet über den Neubau von Kanälen in der Siedlung "Am Wasserturm" in Favoriten. Die Kosten betragen 105.000 Schilling. Gemeinderat Körber (E.L.) verlangt, dass auch in Salmansdorf eine Kanalisierung geschaffen werde. Er beantragt den Neubau von Kanälen in der Salmansdorferstrasse, Khevenhüllerstrasse und Havaustrasse. Der Referent erklärt, dass entsprechend den Mitteln die Kanäle gebaut werden. Der Referentenantrag wird angenommen und der Antrag des Gemeinderates Körber der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Ohne Debatte wird sodann der Antrag des Stadtrates Kokrda angenommen für die Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten nach dem Brande am neuen Amtshaus und für den gleichzeitigen Ausbau des Dachgeschosses einen Nachtragskredit von 28.000 Schilling zu genehmigen. Ebenfalls ohne Debatte werden die Anträge des Gemeinderates Lätsch angenommen, drei Fünftel Anteile des Brunnenschen Besitzes in Ober St. Veit und Lainz zu kaufen und vom Verein Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder die Liegenschaften in Ottakring und in Favoriten zu erwerben. Gemeinderat Beisser beantragt sodann, für bauliche Umgestaltungen im städtischen Volksbad in der Vereinsgasse die Baubewilligung zu erteilen der Baulinienbestimmung für eine Gasse zwischen der Hütteldorferstrasse beziehungsweise der Linzerstrasse und dem Flötzersteig zuzustimmen sowie Änderungen und Ergänzungen des Generalbaulinienplanes zu genehmigen. Die Anträge werden ebenfalls ohne Debatte beschlossen. Gemeinderat Hellmann beantragt die Genehmigung der Aufhebung des Parkschutzgebietes für die Errichtung einer Unterkunftshütte in der öffentlichen Parkanlage auf dem Volkwehrplatz. Gemeinderat Körber (E.L.) kritisiert, dass diese Hütte schon fertiggebaut ist. Der Platz ist mit einem hohen Drahtgitter umgeben, sodass er für die Öffentlichkeit nicht mehr zugänglich ist. Die Gemeinde setzt überhaupt alles daran, den Volkwehrplatz so sehr als möglich zu verschandeln. In seinem Schlusswort erwidert Gemein-

lage für eine gedeihliche Arbeit geschaffen. Gemeinderat Scholz (E. L.) spricht ausführlich über die Lohnpolitik und Betriebsführung. Er bemängelt, dass es noch immer ungarische Emigranten in Zillingdorf als Betriebsräte gibt, die die Arbeiterschaft verhetzen. Durch die Lostrennung der Baugewerkschaft von den städtischen Elektrizitätswerken soll die Gewerkschaft der Zillingdorfer Arbeiter von der grossen Gewerkschaft der Arbeiterschaft der städtischen Elektrizitätswerke losgelöst werden, um gegenüber den Zillingdorfer Arbeitern besser auftreten zu können. In seinem Schlusswort erwidert Vizebürgermeister Emmerling, dass begründete Hoffnung besteht, dass es in Zukunft, dass der Zillingdorfer Betrieb aus Eigenem heraus wird bestehen können. Der Antrag wird angenommen. Vizebgm. Emmerling beantragt, die amtsführenden Stadträte der Verwaltungsgruppen 2 und 8 zu ermächtigen, aus den freiverfügbaren Guthaben der Gemeinde Wien den städtischen Unternehmungen Betriebskredite in unbedingt notwendigen Ausmass zur Verfügung zu stellen, den städtischen Elektrizitätswerken höchstens vier Millionen Schilling, den städtischen Strassenbahnen höchstens sechs Millionen Schilling und dem Brauhaus der Stadt Wien höchstens fünf Millionen Schilling. Gemeinderat Zimmerl erklärt, dass die Opposition diese Form der Kreditgewährung schon immer wieder gefordert habe, den sie ist korrekt, entspricht der Form und stellt sich viel billiger. Die Vorlage wird angenommen. Vizebürgermeister Emmerling berichtet über die Beitragsleistung der Strassenbahnen für den Bau der Notbrücke neben der Augartenbrücke. Die Strassenbahn wird einen Betrag von 640.000 Schilling aus der Dollaranleihe leisten. Gemeinderat Zimmerl (E. L.) meint, dass die Mehrheit mit dieser Vorlage sich blamiere. Die Notbrücke werde wieder abgetragen und habe dann nur mehr Altmaterialienwert. Am 29. November 1927 hat Stadtrat Breitner im Gemeinderat einen Brief annehmen lassen, der besagt, dass aus der Dollaranleihe nur solche Investitionen gemacht werden dürfen, deren Ertrag die Verzinsung und Amortisation gewährleistet. Das ist aber hier gewiss nicht der Fall. Es handelt sich hier um einen Wortbruch, und um eine Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses, weshalb die Rückverweisung an den Ausschuss beantragt wird. Vizebgm. Emmerling entgegnet, dass der Bau dieser Brücke für die Strassenbahn eine unbe-

derat Hellmann, dass weder die Bezirksvertretung noch der Magistrat gegen die Aufstellung der Hütte, die eine Unterkunftshütte für die Kinder ist, irgendeinen Einspruch erhoben haben. Der Antrag wurde dann angenommen. Gemeinderat Hellmann berichtet dann über die Erbauung einer Feuerwache in Döbling in der Cobenzlgasse, die Kosten betragen 145.000 Schilling. Ferner beantragt er für die Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt in der Gartenanlage auf dem Althanplatz die Bestimmungen des Parkschutzgebietes auszuheben. Die Anträge werden ohne Debatte angenommen. Vizebürgermeister Emmerling beantragt, die Verwaltung der Angelegenheiten der Bergbaugewerkschaft Zillingdorf von den Organen der städtischen Elektrizitätswerke abzutrennen und einem Direktor zu übertragen, der sie mit den in seinen Dienstvertrag umschriebenen Wirkungsbereich zu führen hat. Der Referent gibt ein Bild der Entwicklung der Braunkohलगewerkschaft Zillingdorf. Die Jahresförderung beträgt 40.000 Waggons. Durch den zuletzt geschlossenen Leihvertrag ist die Grunddingte Notwendigkeit ist und die Aufteilung der Kosten auf den Dollarkredit jederzeit verantwortet werden kann. Die Vorlage wird genehmigt.

Ebenso wird eine Subvention von 20.000 Schilling an alte erwerbsunfähige Aerzte und ein neuer Arbeitsvertrag mit den Bediensteten des städtischen Granitwerkes in Mauthausen genehmigt. Bürgermeister Seitz schliesst um 21 Uhr die Sitzung mit Urlaubswünschen für die Mitglieder des Gemeinderates.